

Petition an den CDU-Landesvorsitzenden in Berlin Frank Henkel

Sehr geehrter Herr Henkel,

im Land Berlin wird modellhaft für andere Bundesländer derzeit eine Entwicklung eingeleitet, gegen die ich bei Ihnen als Vorsitzender der Berliner CDU und Juniorpartner der Regierungskoalition aufs Schärfste protestiere. Mit der staatlich finanzierten Berliner Initiative "Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt" sollen hier alle Grundschul Kinder fächerübergreifend, „weg von der klassischen Vater-Mutter-Kind-Familie“ hin zu unterschiedsloser Offenheit für alle möglichen sexuellen Alternativen erzogen werden.

Das natürliche Fundament unserer Gesellschaft, die Familie aus Vater, Mutter und Kind(ern), sittliches Modell des christlichen Menschenbildes, wird in den Kinderköpfen zur simplen Variante unter allerlei sexuell denkbaren Möglichkeiten degradiert. Berliner Siebtklässler sollen im Unterricht pantomimisch Begriffe wie „Orgasmus“, „Porno“ oder „Sado-Maso“ darstellen!

Dabei heißt es im Grundgesetz, Artikel 6 unmißverständlich: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht.“ Was sind diese Grundrechte und -pflichten noch wert, wenn die Kinder durch die Schule bereits ab der ersten Klasse (!) mit allen Spielarten „sexueller Identität“ indoktriniert und persönlichkeitsverletzend sexualisiert werden, ohne daß die Eltern das Recht haben, dies zu verhindern?

Es ist richtig und gut, daß Eltern und Schule bei der Erziehung und Bildung der Kinder Hand in Hand gehen. Die Eltern müssen sich deshalb darauf verlassen können, daß die Schule ihre Einflußmöglichkeit nicht mißbraucht und eine ideologische Erziehung gegen die Werte des Elternhauses betreibt. Die grundsätzliche Werteerziehung und Werteorientierung ist und bleibt Aufgabe der Eltern. Dies gilt ganz besonders für den so sensiblen Bereich der Sexualität. Die Berliner Initiative zur „Sexuellen Vielfalt“ stellt deshalb „einen massiven Eingriff in die elterlichen Erziehungsrechte“ dar, so sieht es auch der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus.

Als Vorsitzender der Berliner CDU sollte Ihnen die Einhaltung der Schutzrechte von Art. 6 GG ein besonderes Anliegen sein. Ich fordere Sie daher dringend auf, sich mit allen verfügbaren Mitteln gegen diese ungeheuerlichen Verstöße einzusetzen. Dazu erbitte ich Ihre Stellungnahme an die Initiative Familienschutz, Frau v. Beverfoerde, Zionskirchstr. 3, in 10119 Berlin. Mit freundlichen Grüßen,

Name, Anschrift

Datum, Unterschrift

Senden Sie bitte die Petition an Frank Henkel per Fax (Fax-Nr. 030-34706264), E-Mail (kontakt@familien-schutz.de) oder per Brief (Initiative Familienschutz, Zionskirchstr. 3, 10119 Berlin) an uns zurück. Herzlichen Dank!